

Diskussion

Nicht Kitt der Gesellschaft, sondern Sauerteig.
Gedanken zu Hanfried Müllers Autobiografie
„Erfahrungen/Erinnerungen/Gedanken“¹

Gert Wendelborn

Es ist dies die Autobiografie eines Theologen, aber sie ist eminent politisch. Sie kreist nicht, wie Dieter Kraft in seinem Vorwort hervorhebt, um die Person von Hanfried Müller, schon gar nicht um dessen private Befindlichkeit, sondern widerspiegelt gesellschaftliche und kirchenpolitische Verhältnisse und Entwicklungen im Fokus persönlicher Erfahrungen und Erinnerungen. Hanfried Müller lebte von 1925 bis 2009. Er konnte seine Autobiografie nicht mehr vollenden. Sie schließt bzw. musste abgebrochen werden im Jahre 1973. Das ist zu bedauern, doch auch als Fragment ist sie äußerst aussagekräftig. Zudem stellen seine vielen Aufsätze in den von ihm herausgegebenen „Weißenseer Blättern“, die von 1982 bis 2006 erschienen, eine ausgezeichnete Ergänzung dar. Selbstverständlich geht eine Autobiografie in zeitlicher Ordnung vor, aber Müller durchbricht diese zuweilen zwecks Darstellung sachlicher Zusammenhänge.

Für beide Eltern war bürgerliche Solidität kennzeichnend, und deshalb empfanden sie NS-Demagogie und -terror als barbarisch. Trotzdem musste Müller sich fast alle seine Erkenntnisse selbst aneignen. Ursprünglich sollte er wie sein 1938 verstorbener Vater Jurist werden, doch er stieß 1942 zu einem Schüler-Bibelkreis der Bekennenden Kirche (BK) in der Grauzone zwischen Legalität und Illegalität. Die BK prägte ihn in theologisch-kirchlicher Hinsicht zeitlebens entscheidend, obgleich er über alle seine Lehrer hinausging und einen unverwechselbar eigenen Standpunkt entwickelte. Noch im Herbst 1943 musste er als Funker an die italienische Front und wurde von Partisanen gefangen genommen.

1945, nach seiner Rückkehr in seine westdeutsche Heimat, wurde er, der den Untergang des Hitlerfaschismus als Befreiung empfand, damit konfrontiert, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihn dort als Trauertag wahrnahm. Er begrüßte zunächst von Herzen das Stuttgarter Schuldbekenn-

1 Hanfried Müller: Erfahrungen/Erinnerungen/Gedanken. Zur Geschichte von Kirche und Gesellschaft in Deutschland seit 1945, GNN Verlag, Schkeuditz 2010, 300 S.

nis der evangelischen Kirche und begriff erst später, dass auch nach der innenpolitischen Schuld der zuvor Regierenden, vor allem aber nach der Schuld der herrschenden Klasse zu fragen war. So entwickelte er sich schnell zu einem revolutionären Antifaschisten, der schließlich „so etwas wie ein Kommunist“ wurde. Er bekannte sich zum Potsdamer Abkommen gegen die, die das für charakterlose Anpassung an die Besatzer hielten, und bedauerte, dass die westlichen Besatzungsmächte schnell die Entnazifizierungsmaßnahmen abbrachen zwecks Reintegration Deutschlands in die antikommunistisch-antisowjetische Front.

Müller studierte Theologie zuerst in Bonn und dann in Göttingen. Schon in Bonn begegnete er Rosemarie Streisand, die seine engste theologische und politische Bundesgenossin und Ehefrau wurde. In diesem „Dual“ lag ein großer Segen für die beiden; zu diesem Schluss muss man kommen selbst angesichts ihrer fast lebenslänglichen Isolierung wegen ihrer für viele unerträglichen parteilichen Positionsbestimmung. Es war aber auch ein Segen für uns alle, die wir uns ihnen zutiefst verbunden fühlten. Schon in Bonn lernten sie Karl Barth kennen, wurden aber noch mehr von Hans-Joachim Iwand und den Großen der Württembergischen Sozietät wie Hermann Diem geprägt, Rosemarie Müller auch von Ernst Wolf und er selbst dann bei der Arbeit an seiner Dissertation vom späten Dietrich Bonhoeffer mit seinen Gefängnisbriefen. Hanfried und Rosemarie Müller gehörten in Göttingen einem Arbeitskreis zum Studium des Marxismus an, gründeten die dortige FDJ-Hochschulgruppe mit und beteiligten sich am 3. Deutschen Volkskongress Ende Mai 1949 in Ost-Berlin, wo erstmals prominente ostdeutsche Politiker sie beeindruckten, wo sie aber auch ihnen gegenüber ihren Standpunkt – etwa zur nationalen Frage – unbeugsam vertraten.

Da Hanfried und Rosemarie Müller in Göttingen die wissenschaftliche Arbeit an ihren Dissertationen immer mehr erschwert wurde und das antikommunistische Klima sich immer mehr verhärtete, auch die Remilitarisierung eingeleitet wurde, siedelten sie im Frühherbst 1952 in die DDR über. Es war eine lebenslang dauernde Entscheidung. Natürlich wollten sie ihre wissenschaftliche Arbeit nun an der Humboldt-Universität fortsetzen, standen dort aber einem allgemeinen Boykott gegenüber, der nur von Hochschullehrern wie Heinrich Vogel durchbrochen wurde. Frucht ihrer Arbeit aber waren fulminante Werke über Luther (Rosemarie Müller) und Bonhoeffer, die freilich nur von wenigen wie mir als befreiend empfunden, von der großen Mehrheit aber erbittert abge-

lehnt wurden. In beiden Fällen ging es ihnen nicht nur um die großen Persönlichkeiten der Kirchengeschichte, sondern um sie als Repräsentanten einer Reformation, die im 16. wie im 20. Jahrhundert weg von der Gebundenheit ihrer Kirche in das Gesellschaftsgefüge ihrer Zeit, weg von der „babylonischen Gefangenschaft“ zu wahrer evangelischer Freiheit an der Seite der Armen und Entrechteten führen musste, in beiden Fällen freilich in den Anfängen stecken blieb.

In gesellschaftlicher Hinsicht war Müller zunächst eng mit dem Zentralrat der FDJ verbunden, bevor dieser 1953 zu ihm auf Distanz ging. Früh begann Müller auch den Gedankenaustausch mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), worüber er ohne die heute fast selbstverständlichen Entschuldigungsgesten unbefangen und faktenreich berichtet. Er suchte das Gespräch mit bedeutenden SED-Funktionären, etwa mit Willi Barth von der Arbeitsgruppe des ZK für Kirchenfragen, etwas später mit Staatssekretär Werner Eggerath und noch später auch mit Paul Verner und der besonders gelobten Hanna Brede von der Berliner Bezirksleitung der SED. Dagegen eignete er sich für Leitungsfunktionen nicht, was auch seine Freunde bald erkannten. Er war ihnen zu prinzipienfest; es fehlte ihm also an Kompromissbereitschaft. Wo er aber das Gespräch führte, konnte er stets auf scharfer Analyse beruhende Ratschläge geben, die leider nicht immer aufgegriffen wurden.

An vielen Stellen seiner Autobiografie erweist Müller diese Tiefenschärfe, und gleichgültig, ob man allen seinen Wertungen zustimmt oder nicht, kann man bei unbefangenen Urteil über seine ungewöhnliche Klugheit nur staunen. Nehmen wir das Jahr 1953, kirchenpolitisch wie allgemeinpolitisch ein besonders wichtiges Jahr. Er bewertet den Streit um die Junge Gemeinde m. E. richtig eher als Kultur- denn als Kirchenkampf. Hinsichtlich des 11. und 17. Juni 1953 urteilt er, dass es Fehler sowohl vor als auch nach dem 11. Juni, dem Tag der Verkündung des „Neuen Kurses“, gab, beide Male nicht ohne Moskaus Schuld, dass aber die allzu schnelle Kehrtwende auch bereits Züge eines Kapitulantentums trug. Der Putsch am 17. Juni, von außen gelenkt, sei fehlgeschlagen, aber der Patient sei bereits von einem Husten befallen gewesen, der sich am Ende der DDR zu einer Lungenentzündung ausgeweitet habe.

Ungemein aufschlussreich ist, was Müller über seine einzige Reise in die Sowjetunion 1956 mit einem FDJ-Freundschaftszug berichtet. Er empfand das dortige kulturelle Erbe als byzantinisch-asiatisch-orientalisch, und das Nebeneinander von feudalem und sozialistischem Prunk bei der

bäuerlichen Einfachheit der Massen war ihm zu unvermittelt. Zudem vermisste er die städtische Kultur einer bürgerlichen Gesellschaft. Auch zur Russischen Orthodoxen Kirche fand er als rheinischer Reformierter kein inneres Verhältnis, und er meint sicher mit Recht, dass leider die „Lebendige Kirche“ als Versuch einer grundlegenden Reformation dieser veralteten Kultkirche, die auf klerikale Ansprüche nicht wirklich verzichtete, damals schon lange erdrosselt war. Müller sah auch im Mausoleum Stalin noch neben Lenin liegen und knüpft daran Überlegungen, die niemand kaltlassen werden.

Er entdeckte bei Stalin Züge von bis zu Brutalität reichender Vitalität und Energie, hinter der sich aber keinesfalls bloß Schlauheit und List zu verbergen schienen, sondern ebenso starke Intellektualität, sodass er als spätes östliches Pendant zum Renaissance-Menschen gelten könne. Stalin habe unter riesigen Opfern eine Grundindustrie aus dem Boden stampfen und den revolutionären Prozess gegen die Isolierung einer Avantgarde von den sie tragenden Massen und gegen den Rückfall durch schleichende Rekapitalisierung schützen müssen. Das sei freilich mit massenhaften Exzessen verbunden gewesen und habe die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie nachhaltig behindert. Der Streitpunkt sei nicht, ob man über die Verfasstheit der sozialistischen Gesellschaft unter Stalin hinausschreiten musste. Aber die wirkliche Aufgabe sei bei seiner Verurteilung nicht einmal gesehen worden: die Massen zu befähigen, Lehrsätze und Entscheidungen zu prüfen, historisch überholte zu korrigieren und zukunftsweisende zu formulieren.

Ulbricht dagegen vollzog, wie Müller richtig anmerkt, Ende der 1960er-Jahre bedeutende sozialistische Entwicklungsschritte in besonders zivilisierter Form. Überhaupt hält er die 1960er-Jahre für die beste Zeit der DDR. Das zeigten schon die in Kraft gesetzten neuen Gesetzbücher, besonders das Strafgesetzbuch – Gesetzbuch der Arbeit und Familiengesetzbuch wären zu ergänzen –, auch die Müller persönlich betreffende III. Hochschulreform. Sie beendete die Zeit seines Boykotts an der Theologischen Fakultät definitiv und verschaffte ihm – im Schlussteil ausführlich dargestellt – neue Wirkungsmöglichkeiten unter den Studenten, deren Ertrag in der „Evangelischen Dogmatik im Überblick“ (1978) vorliegt. Grundlegend aber war die 1968 nach breiter Diskussion mit dem Volk, in die auch Müller persönlich einbezogen war, in Kraft gesetzte neue sozialistische Verfassung, nachdem der Weimarer Verfassung mit der ersten Verfassung der DDR nur die schlimmsten Giftzähne gezogen worden

waren und sie nach 20 Jahren fast völlig von der gesellschaftlichen Realität überholt war. In die die Kirchen und Gläubigen betreffenden Passagen der neuen Verfassung, die erfreulich kurz und knapp ausfielen, waren Müllers Vorschläge eingeflossen. Dabei sei freilich, wie er meint, aus dem Wein eine Schorle geworden.

Davon unterschieden wird die westdeutsche Revolte mit Rudi Dutschke als desorientierendem Revoluzzer an der Spitze und mit einer bunten Mischung aus echten revolutionären Erkenntnissen und blindem Revoluzzertum. Ihr habe die Anleitung durch erfahrene Genossen gefehlt, die Erfahrung der Antifaschisten von 1945. Müller hebt die zeitweise positive Entwicklung in der DDR aber auch von den Vorgängen in der ČSSR 1968 ab, wozu ein höchst aufschlussreicher, langer Brief an den Prager Theologen Jan Heller im Wortlaut zitiert wird. Berechtigt ist dabei sicher die Warnung vor einer von den Massen entfernten elitär-esoterischen Intelligenz mit der ihr eigenen Arroganz. Zentral ist seine Feststellung, dass am 21. August 1968 die schleichende Konterrevolution präventiv an der vollen Entfaltung gehindert worden sei, denn der Schritt vom Sozialismus zum Neutralismus sei konterrevolutionär. Besser als die Unterdrückung der Arbeiterklasse sei für die großbürgerliche Klasse ihre Korruption. Man täusche nur sich und andere, wenn man hoffe, durch Konzessionen einen Gegner im Klassenkampf zum Verzicht auf seine elementaren Interessen zu bringen. Ausdehnungs- und Rückdrängungsbedürfnis gegenüber dem Sozialismus gehörten nun einmal zum Wesen des Imperialismus. Der Gegner verlangte 1968 „nur“, dass man kein Freund der Sowjetunion, nicht prinzipienfest und nicht diszipliniert sei. Die an diesem Tag in der ČSSR einmarschierte militärische Schutzmacht habe keine Exekutivgewalt übernommen. Sie sei keine Aggressions- und Annexionsgewalt gewesen, habe aber die Grenze gesichert, die Möglichkeit geboten, Fehler zu korrigieren, und die Chance zur Konsolidierung der sozialistischen Demokratie gegeben.

Solche Feststellungen sind das Gegenteil dessen, was heute alle Welt behauptet und was man für selbstverständlich hält. Auch ich selbst sehe ungeachtet meiner grundlegenden Gemeinsamkeit mit Hanfried Müller in politischer wie in geistlich-theologischer Hinsicht manches anders als er. Der Zufall will es, dass meine eigene Autobiografie „Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR“ ebenfalls 2010 (beim Bonner Verlag Pahl-Rugenstein) erschien. Dort kann der Leser dieser Bemerkungen unsere Lebensverläufe detailliert vergleichen. Ich sehe z. B.

die CDU der DDR, der ich selbst von 1962 bis 1990 angehörte, weit positiver. Für die DDR engagierte Theologen wie Johannes Leipoldt und Gerhard Kehnscherper kann ich, anders als Müller, trotz ihrer problematischen Vergangenheit in der NS-Zeit nicht so abwerten wie er. In einigen Fällen bin ich um ein differenzierteres Urteil bemüht, was aber an allem zuvor positiv Gesagten nichts ändert.

Da die Redaktion mir dankenswerterweise auch Raum zur Diskussion einräumt, möchte ich besonders auf Folgendes hinweisen:

Zuweilen war unser Standort nicht der gleiche. Ich bin zehn Jahre jünger als Hanfried Müller, verbrachte mein ganzes Leben in Rostock und damit in der sich herausbildenden DDR. Meine Landeskirche war und ist die mecklenburgische lutherische Landeskirche. Auch in ihr gab es eine BK, aber sie trug konfessionell-lutherischen Charakter und distanzierte sich von der Barmen-Dahlemer Linie der BK. Wie Müller von einem Schülerbibelkreis der BK geprägt wurde, so ich seit 1945 von der Jungen Gemeinde meiner Heimatstadt, und zwar in solchem Maße, dass ich mich 1951 zum Theologiestudium entschloss. Müller merkt über die Junge Gemeinde nur an, dass Otto Dibelius als oberster Repräsentant der Evangelischen Kirche in Deutschland sie als Kampftrupp gegen die ungeliebte staatliche Ordnung in Ostdeutschland missbrauchte. Das ist gewiss richtig, doch habe ich in meiner Autobiografie anhand zahlreicher Fakten dargelegt, wie unterschiedlich meine dortigen Erfahrungen waren. Zum einen wurde ich hier tiefgründig in die Bibel eingeführt, denn damals stand die „Bibelarbeit“ noch im Mittelpunkt der Zusammenkünfte, dazu wertvolle Bestandteile der Heimatliteratur, der Provinzial- und Kirchengeschichte. Ich fühlte mich sehr wohl bei den Fahrten am Wochenende und bei den Freizeiten in den Sommerferien.

In politischer Hinsicht aber musste ich mir meinen Standpunkt abseits von den Aussagen in der Jungen Gemeinde, ja im Gegensatz zu ihnen suchen. Es gab nicht die geringste Zurüstung zu einem orts- und zeitgerechten Glauben, wie etwa später Moritz Mitzenheim mit seiner „politischen Diakonie“ oder der Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR sie anstrebten. Über die entstehende DDR wurde nie anders als in einem verächtlichen Tonfall gesprochen.

Insofern konnte es nicht verwundern, dass es zum Konflikt mit der Staatsmacht kommen musste, zumal die Junge Gemeinde Züge einer zweiten, so nicht zugelassenen Jugendorganisation aufwies. Das von uns getragene Kugelkreuz sollte zwar, wie man uns einschärfte, Zeichen und

nicht Abzeichen sein, aber die Grenzen waren naturgemäß fließend. Tatsache ist, dass viele Mitschüler an den Veranstaltungen der Jungen Gemeinde teilnahmen, obgleich sie an Glaubensfragen nicht im Geringsten interessiert waren. Andererseits meine ich nun eben doch, dass die Kampagne gegen die Junge Gemeinde seit dem 2. Halbjahr 1952 vor allem in der „Jungen Welt“, dem Zentralorgan der FDJ, in gewissem Maße spätstalinistischen Charakter trug (ich bin mit der Verwendung dieses Begriffes im Gegensatz zu den Antikommunisten sehr vorsichtig). Vollends die Behauptung, die Junge Gemeinde sei der „verlängerte Arm“ einer in Hessen gerade aufgedeckten rechtsradikalen Jugendorganisation, war eine Lüge. Ich machte während dieser Vorgänge gerade mein Abitur und war persönlich nicht betroffen. Aber auch ich wurde eine Stunde lang bearbeitet, wie die Klassenkameraden den Ausschluss anderer aus der Schule zu verlangen. Diese Bemühungen waren in meinem Fall vergeblich, aber mit zwei Ausnahmen unterschrieben sonst alle, auch die, die bald darauf in den Westen verschwanden, um ihr Abitur nicht zu gefährden. Die „Relegierung“ wurde nach wenigen Wochen rückgängig gemacht und hat sich in dieser Weise nie wiederholt. Aber Vertrauen wurde so nicht aufgebaut. Schon hier erhebt sich die Frage, ob man Beliebiges tun darf, um ein angestrebtes Ziel durchzusetzen.

Diese Frage stellt sich natürlich erst recht im Blick auf Stalin. Offensichtlich hat Müller bis kurz vor seinem Tode noch an den Passagen über das Jahr 1953 wie über Stalin gefeilt und ist dabei zu wichtigen Klärungen gelangt, die ich von Herzen begrüße. Ich möchte trotzdem fragen, ob sozialistischen Politikern nicht prinzipiell klar sein muss, dass bei all ihrem Tun und Reden die Menschenwürde an erster Stelle zu stehen hat. Es ist leicht, über eine solche Frage unter Hinweis auf Sachzwänge die Nase zu rümpfen. Ich habe einmal auf einer Nationalratstagung eine Politik, die wirklich dem Frieden dient, eine Politik der Ehrfurcht vor dem Leben genannt. Das wurde damals als überraschend empfunden, weil ich es mit niemand zuvor abgesprochen hatte, es löste aber auch keinen eigentlichen Widerspruch aus. Damit griff ich ein Schlüsselwort Albert Schweitzers auf. Ist es wirklich naiv und allzu idealistisch, einen solchen Leitbegriff in die Politik zu übertragen? Es ist dies auch die Frage danach, ob moralische Begriffe in der Politik überhaupt eine Daseinsberechtigung haben. Gandhi jedenfalls fuhr doch damit nicht schlecht und zeigte, dass solche Leitbegriffe durchaus nicht im Widerspruch zu massenwirksamen Aktionen stehen müssen. Die Nichtbeachtung solcher

Normen andererseits kann im Extrem zum Genozid am eigenen Volk führen, wie im Exzess das ultramaoistische Pol-Pot-Regime zeigte.

An einigen weiteren Stellen bin ich um differenziertere Sicht bemüht. So könnte ich nicht ausschließlich negativ bzw. gar verächtlich über Nikita Chruščev sprechen und wohl auch nicht über Rudi Dutschke, obgleich ich ihre – durchaus unterschiedliche – Problematik sehr wohl kenne. Ich stimme Müllers Analyse der Ereignisse in der ČSSR 1968/69 in ihren Grundaussagen gern zu. Immerhin scheint mir, dass es bei denen, die es unter den „Reformern“ ehrlich meinten, doch auch ein Leiden an vorhandenen Defiziten der sozialistischen Demokratie gab, die Sehnsucht, sich stärker mit ganz eigenen Anliegen einbringen zu können. Es waren ja nicht nur Kulturschaffende und überhaupt Intellektuelle, die von der gegebenen Situation frustriert waren. Auch Genossen aus der DDR, die damals dort tätig waren, berichteten mir im Rückblick, dass sie in der Bevölkerung keinerlei Opposition gegen die neuen Bestrebungen gefunden hätten. Diese vorherrschende Stimmung war ja wohl in allen europäischen sozialistischen Staaten für den Sieg der Gegenrevolution 1989 entscheidend, auch wenn man dies als Sozialist bedauert und das Verhalten der Bevölkerung kritisiert. Es gab offenbar unter den Mitgliedern und auch Funktionären der kommunistischen Parteien zu viele nur äußerlich Angepasste. Kaum jemand war bereit, den Sozialismus unter Einsatz seines Lebens zu verteidigen, und man kann darüber wohl sogar froh sein, weil so ein Blutvergießen vermieden wurde, das am Ausgang letztlich nichts mehr geändert, der Gegenseite aber den Vorwand zur Abrechnung mit den Sozialisten gegeben hätte.

Die Frage bleibt, warum dies so war. Offenbar war sozialistische Demokratie nun eben doch nicht genug persönlich erfahrbar. Eine neuerliche Kluft zwischen Regierenden und Regierten war die Folge. Das Volk empfand sich als Objekt auch sozialistischer Politik statt als selbst Regierender. Zugleich frage ich mich, ob diese Kapitulation nicht auch weitreichende anthropologische Hintergründe hatte. Warum fielen so viele auf die spätbürgerliche Propaganda herein? Sie meinten wohl, alles, was sie besaßen, sei selbstverständlich und darum keiner größeren Beachtung wert. Dagegen verzehrten sie sich nach ihnen bisher nicht möglichen „Westreisen“ und nach dem überquellenden Warenangebot. Das haben sie nun, und viele erfreuen sich dessen tatsächlich und nutzen es auch verantwortungsbewusst. Andere aber spüren jetzt schmerzlich die Kehrseite des Kapitalismus, wenn man nur an die heutige Massenarbeitslosigkeit

keit denkt, und sind aufs Neue frustriert. Sie hätten sie aber schon zuvor kennen können, denn alle Medien der DDR haben sie ihnen klar genug erläutert.

Mit der anthropologischen Frage, die meines Wissens außer mir aufseiten der Linken leider niemand aufwirft, meine ich aber noch Tieferes. Revolutionäre opfern für ihre Überzeugung viel, solange sie nicht an der Macht sind (manchmal auch noch danach). Sie müssen im Extrem bereit sein, selbst ihr Leben für ihre Überzeugung aufs Spiel zu setzen. Dazu aber ist die heutige „Spaßgesellschaft“ nicht bereit. Das disziplinierte kollektive Zusammenstehen im Geiste des „vom Ich zum Wir“ ist ihnen zutiefst fremd. Lieber wollen sie auf eigene Faust nach oben kommen, und ob dies auch anderen gelingt, ist ihnen relativ gleichgültig. Die spätbürgerliche Gesellschaft begünstigt den egoistischen Individualismus. Im Blickpunkt steht nur das „mehr Haben“, nicht aber das „mehr Sein“ an menschlicher Substanz und der Gemeinschaft zugute kommender Ausstrahlungskraft. Dass ich damit nicht einer Vermassung das Wort rede, ist klar. Auch hier ist der Weg zwischen dieser und dem Individualismus zu finden, echte Individualität genauso anzustreben wie Gemeinschaftsgeist. Ein diskussionswürdiges Thema ist die CDU der DDR. Ich denke nicht, dass man sie von ihrem würdelosen Ende her beurteilen darf, weil dies im Grunde bei den anderen vier „Blockparteien“ nicht anders war. Müller sieht diese Partei eher negativ, primär wohl von persönlichen Erfahrungen mit „Unionsfreunden“ unter seinen Berliner Kollegen her. Doch auch hier wäre wohl zu differenzieren. Herbert Trebs jedenfalls war ein ehrlicher Freund der DDR, auch wenn er den Theologen um Müller gegenüber zuweilen sektiererisch aufgetreten sein mag. Vor allem aber: Grundlage der Beurteilung dieser Partei müssen doch ihre Satzung, ihre Parteitagebeschlüsse und die Aussagen ihrer Hauptvorstandssitzungen sein, dazu ihre Publikationen, besonders die ihrer beiden parteieigenen Verlage und ihrer Tageszeitungen. Von den spätbürgerlichen „christlichen“ Parteien, die mit vollem Recht von Müller kritisiert werden, muss sie abgehoben werden, denn ihnen gegenüber besaß sie eine neue Qualität. Sie war eine Partei bewusster Christen, die sich aus politischen Erkenntnissen heraus für die Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft entschied und die führende Rolle der marxistischen Partei nicht aus falschem Anpassungswillen, sondern aus Überzeugung bejahte, wenn sie sich auch mit Recht zuweilen noch größere Einflussmöglichkeiten gewünscht hätte. Auch das Zusammenspiel der politischen Kräfte war eben

in der DDR so gut bzw. noch nicht befriedigend, wie dies dem erreichten Entwicklungsstand der sozialistischen Demokratie entsprach.

Wenn ich abschließend zu den kirchlichen und theologischen Aussagen Müllers übergehe, so darf ich noch einmal meine grundlegende Übereinstimmung mit ihm bekunden. Ich stimme allen seinen Sätzen zu, in denen er das klerikale Missverständnis der christlichen und kirchlichen Existenz aufs Korn nimmt. Es heißt bei ihm z. B., das Christentum dürfe nicht Kitt der Gesellschaft, sondern müsse Sauerteig in ihr sein. Selbstsucht sei auch bei dem Bestreben, Einfluss in der Gesellschaft durchzusetzen, der Kern der Sünde. Erst recht ist echtem Glauben ein Kreuzzug gegen Gottlose verboten. Müller spricht vom raubgierigen und mörderischen Götzen des Marktes, wie er überhaupt eine klare Scheidung des wahren Gottes und der Götzen – etwa des Kriegsgötzen Mars – vornimmt. Entsprechend unterscheidet er auch zwischen rechter Lehre und Irrlehre und weiß sich insofern als Wahrer einer recht verstandenen Orthodoxie. Er fügt freilich mit Recht an, dass man in der Civil Religion der Gegenwart nicht einmal mehr von Irrlehre, sondern nur noch von Leere sprechen kann. Müller durchschaut, dass die Parole vom christlichen Abendland die Gegenideologie zur revolutionären Weltbewegung ist. In diesem Zusammenhang wendet er sich mit Recht auch dagegen, Macht und Ideologie für böse an sich zu halten. Er plädiert für Macht zur Durchsetzung von Recht und Frieden. Die Volkskirche verdunkelte verhängnisvoll das Evangelium. Die Kirche war in ihrer Geschichte Partei im Klassenkampf und fast immer Schlachtfeld in ihm. Nicht einmal Recht und Frieden seien klassenneutrale Begriffe, denn es gebe Frieden für Hütten oder für Paläste und Recht für Schwache oder für Starke. So sei Neutralität im Klassenkampf für politisch verantwortlich handelnde Christen unmöglich. Auch seine eigene Ausgrenzung an seinem theologischen Arbeitsplatz versteht Müller als Ausdruck von Klassenkampf und -hass. Dieser Hass führte bereits 1950 dazu, dass ihm als FDJ-Mitglied der gemeinsame Abendmahlsgang verweigert wurde.

Das entscheidende kirchlich-theologische Dokument, an dessen Entstehung Müller mitwirkte, sind die „7 theologischen Sätze über die Freiheit der Kirche zum Dienen“, am 25. November 1963 vom Weißenseer Arbeitskreis, der Kirchlichen Bruderschaft in der Berlin-Brandenburger Kirche, beschlossen. Sie waren als Alternative zu den „10 Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ der Konferenz der Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in der DDR gedacht, die als kirchenamtliche

Wegweisung herausgegeben worden waren. Müller beschreibt anschaulich, wie demokratisch dieses Wort zustande kam, wie sich hier viele ost- und westdeutsche Christen einbringen konnten. Die 7 Sätze nahmen die Themen der 10 Artikel auf, behandelten sie jedoch polemisch bis in die Überschriften. Sie stellten die theologische und kirchenpolitische Gegenposition dar, waren aber viel mehr als negierende Polemik, nämlich ein assertorisches Bekenntnis, Regel, Richtschnur und Wegweiser. Die 7 Sätze sind Wort für Wort auch mein persönliches Bekenntnis.

Um den Lesern einen Eindruck zu vermitteln, zitiere ich aus dem wohl besonders wichtigen Teil über den Frieden: „Aller irdische Friede bleibt unvollkommen und vorläufig im Vergleich mit dem vollkommenen und ewigen Frieden Gottes. Gottes Friede ist höher als alle Vernunft; menschlicher Friede ist der durch vernunftgemäße Vereinbarung geschaffene Zustand, in dem die menschliche Gesellschaft in Wohlstand, Sicherheit und Freiheit leben kann. Im Glaubensgehorsam suchen wir gemeinsam mit Nichtchristen eine Friedensordnung einzurichten, in der der Krieg als Mittel des Machtkampfes überwunden, die Rüstungen überflüssig, die bewaffnete Macht auf polizeiliche Ordnungskräfte beschränkt und der Kampf der Interessen im waffenlosen Wettstreit ausgefochten wird. Wir meinen, daß der Friede das Normale und der Krieg das Unnormale ist. Deshalb bedürfen auch nicht etwa die Gewaltlosigkeit, sondern die Gewaltanwendung, nicht etwa die Abrüstung, sondern die Rüstung, nicht etwa die Ablehnung des Waffendienstes, sondern der Waffendienst einer ausdrücklichen Begründung, inwieweit sie dem friedlichen Zusammenleben der Staaten und Gesellschaftssysteme dienen. Wir widerstehen dem Ungeist der Revanche und bemühen uns, Frieden zu stiften. Dazu gehört, den Gegner nicht zu verleumden, sondern ihn durch sachliches Urteil und Handeln zu überzeugen. Psychologischen oder militärischen Gebrauch von Massenvernichtungsmitteln halten wir ebenso wie ihre Herstellung und Erprobung nicht für legitime staatliche Gewaltanwendung, sondern für Sünde und deren kirchliche oder christliche Legitimation für Irrlehre, vor der wir uns zu hüten haben.“²

Ein Differenzpunkt unter christlichen Linken ist Müllers Abgrenzung von den Religiösen Sozialisten. Ich nehme auch in diesem Punkt eine vermittelnde Position ein, wie ich überhaupt bestrebt war, alle Fraktionen

2 Zit. nach: Hanfried Müller: *Evangelische Dogmatik im Überblick*, Berlin 1978, T. 2, S.307f.

der evangelischen Linken ernst zu nehmen. Ich beginne wieder mit dem, was mich mit Müllers Anliegen verbindet. Um der Reinheit des Wortes Gottes willen muss dessen Unabhängigkeit gegenüber allem Irdischen gewahrt bleiben. In diesem Sinne trat schon Karl Barth während des Ersten Weltkrieges gegen alle Bindestriche auf, ganz primär natürlich gegen christlich-national, das zum Chauvinismus und zur Entstellung des Glaubens führte, aber letztlich auch gegen christlich-sozial. Ich versuche als Lutheraner die Unterscheidung (nicht Scheidung!) des Geistlichen und Weltlichen mit der Grundintention von Martin Luthers Zwei-Reiche- bzw. Zwei-Regimente-Lehre zu erklären. Müller sieht nun bei den Religiösen Sozialisten wie auch bei der strukturverwandten lateinamerikanischen Befreiungstheologie den Versuch, den Glauben zu direkt für eine – freilich qualitativ neuartige – Begründung der politischen Position von Christen zu nutzen. Dort komme es geradezu zur Feststellung, der rechte Christ müsse auch Sozialist sein. Demgegenüber tritt Müller für eine ausschließlich profane Begründung der politischen Entscheidung auch von Christen ein. Das hängt auch damit zusammen, dass es für ihn keine eigentlich christliche Ethik gibt, sondern das Ethos nur die der Welt zugewandte Seite seines Glaubens ist, sodass auch zwischen Glaubenswahrheit und irdischer Wirklichkeit streng zu unterscheiden ist.

Bei Verständnis für seine Positionsbestimmung möchte ich trotzdem darauf hinweisen, dass 1. die Religiösen Sozialisten sehr wohl auch eine kirchlich-theologische Zielsetzung haben, da sie die Kirche aus einer falschen volkscirchlichen Bindung befreien und ihr so ihre Identität wiedergeben möchten, mit der Gesellschaft also auch die Kirche befreien möchten. 2. meine ich nun freilich mit den Religiösen Sozialisten doch, dass es zwischen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der sozialistischen Zielsetzung sozialer Gerechtigkeit eine Strukturverwandtschaft gibt. Wenn Nächstenliebe gebietet, alles zu tun, um Menschen in echter Gemeinschaft menschenwürdig leben lassen zu können, jedenfalls wenn Christen eine individuelle Engführung des Ethos vermeiden bzw. überwinden, so können sie an der sozialistischen Zielsetzung nicht gleichgültig vorbeigehen, gerade weil schon nach dem Vaterunser Gottes Wille auf Erden wie im Himmel geschehen soll. Damit wird, um mit Dietrich Bonhoeffer zu sprechen, das Vorletzte noch lange nicht zugunsten des Letzten aufgehoben. Dies muss auch durchaus nicht zu einer Schwarz-Weiß-Malerei führen, bei der man alles Recht auf der einen und alles Unrecht auf der anderen Seite sieht. Man kann – konkret gesprochen – die starke

Seite des Spätbürgertums durchaus wahrnehmen, auch das relative Recht seines Freiheitsverständnisses, von dem zu bewahrende Elemente durchaus in eine qualitativ neue Gesellschaft aufgenommen werden können. Wahrnehmung des Ähnlichen von sozialistischem und christlichem Ethos gibt es für den Christen sehr wohl, denn ethische Mahnungen werden in großer Breite in beiden Testamenten der Bibel dargelegt. Darunter gibt es m. E. auch solche, die in einer säkularen Welt im Grunde vergessen sind, die es aber allemal wert sind, neu ins Bewusstsein und dann auch in die Tat überführt zu werden. Das Leben eines begnadigten Sünders könnte wertvolle Einsichten vermitteln, wie man den im Spätbürgertum grassierenden perspektivlosen und letztlich nihilistischen Pessimismus ebenso hinter sich lässt wie einen falschen Titanismus, der nicht um die Grenze des Menschen weiß, der zwar sekundär auch Schöpfer großer Werke sein kann, seine einzigartige Stellung aber vor allem als höchstes aller Geschöpfe findet.